

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, unter Kreuzband 8 Mark
Eingetragen in die Postelungsliste. Redaktionschluss Montag früh 8 Uhr
Verleger und verantwort. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Eichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vornwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68
Anfertigungspreis:
Für Inserate aller Art: die sechsgepatene Kolonietzelle 1 Mark,
für Todesanzeigen Seite 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

Merkmale für die Leiter von Lohnbewegungen und Streiks.

Von Seiten der im Außendienst tätigen Verbandsangestellten und sonstigen Funktionären wird viel zu wenig gewürdigt, wie wichtig für die Organisation und deren einzelne Glieder eine pünktliche und ausreichende Berichterstattung an den Verbandsvorstand ist. Es war dies schon immer ein Uebelstand, der seit den letzten zwei Jahren nur noch größer wurde und die Uebersicht über den Stand der Bewegungen immer lückenhafter gestaltete. Im nachstehenden sollen die Lohnbewegungen und Streik führenden Kollegen kurz nochmals an alles das erinnert werden, was sie unbedingt beachten müssen, wenn der Verbandsapparat überhaupt in Funktion bleiben soll:

Zur Kündigung von bestehenden Tarifverträgen bzw. zur Einleitung von Lohnbewegungen ist rechtzeitig die Genehmigung des Verbandsvorstandes einzuholen; selbstverständlich auch vor Eintritt in Streiks.

Ueber wichtige Vorgänge, solange die Lohnbewegung nicht abgeschlossen ist, muß der Verbandsvorstand auf dem laufenden gehalten werden.

Nach Abschluß der Bewegungen, spätestens am darauffolgenden Tage, ist ein „Vorläufiger Bericht“ über das Ergebnis an den Verbandsvorstand abzulassen. (Formulare beiliegen).

Mit dem „Vorläufigen Bericht“ allein ist, wie leider ein Teil der Kollegen irrtümlich glaubt, der Berichterstattung über die Bewegung nicht Genüge geleistet; es müssen noch die Endfragebogen sowie eventuell abzuschließende Tarifverträge alsbald an den Vorstand eingesandt werden, um der von ihm verlangten Berichterstattung an das Reichsstatistische Amt entsprechen und das Berichtsmaterial sichten und zur Bearbeitung vorbereiten zu können. Leider muß zurzeit recht oft umsonst um dieses Berichtsmaterial gemahnt werden, was Zeit und hohe Postkosten verursacht; beides kann erspart werden.

Ueber Streiks muß laufend durch Wochenberichte und nach Beendigung derselben durch Schlussberichte berichtet werden. Bezüglich der Berichterstattung über Streiks ist noch folgendes zu beachten:

Bei der erstmaligen Bestellung von Streikgebern ist die Zahl der Streikenden, der für die erste Streikwoche benötigte Geldbetrag und die genaue Adresse anzugeben, an welche die Streikgelder gesandt werden sollen.

Dauert der Streik länger, so ist auf den einlaufenden Wochenberichten je zu vermerken, wieviel Geld für die folgende Woche benötigt wird.

Den Wochenberichten sind sämtliche hierzu gehörenden Quittungen über gemachte und verrechnete Ausgaben beizufügen, um so dem Verbandsvorstand eine genaue Kontrolle zu ermöglichen.

Durch strenge Beachtung dieser Richtlinien erwächst den Kollegen nicht Mehrarbeit, im Gegenteil, es wird dadurch wesentlich Zeit erspart und dem Verbandsvorstand wird die laufende Informierung der Außenfunktionäre über den Stand der Bewegungen insgesamt ermöglicht. Der Verbandsvorstand.

Erster Kongreß der Betriebsräte Deutschlands.

I.

Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands tagte vom 5. bis 7. Oktober im größten Saale Berlins, in der „Neuen Welt“ (Hasenheide). Dennoch saßen die Kongreßteilnehmer sehr enge beisammen. Es waren nämlich nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission 953 Delegierte anwesend (davon 8 weibliche), außerdem noch zahlreiche Vertreter von Gewerkschaften (zum Teil mit beratender Stimme), Behörden, Gesandtschaften usw. Genosse Graßmann, zweiter Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, begrüßte den Kongreß und machte ausführliche Mitteilungen darüber, was die Einberufung des Kongresses veranlaßt hat. Er wies unter anderem darauf hin, daß trotz der großen

Entwicklung der Gewerkschaften der Einfluß der Arbeiter nicht mit der Steigerung der Macht des Unternehmertums Schritt gehalten habe. Die Arbeiterschaft stimme wohl dem Rufe zu: „Nur Arbeit kann uns retten“, aber sie fordere, daß alle arbeiten. Das Betriebsrätegesetz genüge in seiner jetzigen Fassung nicht. Die Arbeiterschaft könne es nur als den Kampfboden betrachten, auf dem sie weitere Rechte erkämpfen werde. Wir wären aber töricht, wenn wir nicht alle Möglichkeiten zum Wohle der Arbeiterklasse auszunutzen wollten, die das Gesetz bietet. Zu diesem Zwecke hätten die Gewerkschaften unter anderem auch Kurse für Betriebsräte eingerichtet. Auch müßten wir die wirtschaftliche Lage sowohl im Inland wie im Ausland kennenlernen. Ueber den einzelnen Betrieb hinaus müßten wir aufs Ganze schauen. Wir wollen bei der Sozialisierung mitwirken. Sozialismus bedeutet aber Opferstimm, Streben fürs Ganze. Mit dem Wunsche, daß der Kongreß in diesem Sinne wirken möge, schloß der Redner seine Ansprache.

Die Tagesordnung lautete:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. (Referent: Rudolf Wissell.)
2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung. (Referent: Dr. Hilferding.)
3. Die Aufgaben der Betriebsräte. (Referenten: Ditzmann und Körpel.)
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. (Referent: Brolat.)

Der Kongreß beschloß, die beiden ersten und die beiden letzten Punkte der Tagesordnung jeweils zusammen zu verhandeln.

Beim ersten Punkt entrollte Genosse Wissell ein erschütterndes Bild von Deutschlands Wirtschaftslage. Er schilderte den Raubbau, der während des Krieges in Deutschland sowohl mit den Hochöfen wie mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben wurde, ferner die Schwächung, die das deutsche Wirtschaftsleben durch die Schrotverminderung erlitten hat, und die unter anderem auch dazu zwingt, das zur Wiederbelebung unserer Industrie so notwendige Eisenerz zum größten Teil vom nummernreichen Ausland einzuführen. Was wir vor dem Kriege brauchten, bezahlten wir mit unserer Einfuhr und den Erträgen unserer Schiffsahrt, da die deutschen Meereisen für manches Land der Erde Frachtführer gewesen sind. Heute haben wir eine deutsche Flotte, die uns Ertrag geben könnte, nicht mehr. Der Redner wies dann noch an zahlreichen Beispielen nach, daß noch auf Jahre hinaus bei uns Schmalhans Küchenmeister sein müsse. Aus diesem Glend könne das kapitalistische Wirtschaftssystem uns natürlich nicht herausheilen. Durch den niedrigen Stand unserer Papiermark sind wir gezwungen, für die Waren die wir aus dem Ausland beziehen mußten, immer höhere Papiermarkbeträge anzulegen. In demselben Maße wuchs aber auch der Verdienst der Unternehmer bei der Ausfuhr. Da erwuchs in den Reichen der Arbeiter der Gedanke, daß man diese vergrößerten Ausfuhrerträge doch mindestens zu einem kleinen Teile erhaschen möchte, um den Armen, den Invaliden, eine Besserung ihrer Lage zu ermöglichen. So kam es zur sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe. Die Unternehmer suchen diese Ausfuhrabgabe zu sabotieren, und leider finden sich Arbeiter, die sich noch in das Schlepptau der Unternehmer nehmen lassen und die Eingabe der Unternehmer auf Beseitigung der Abgabe unterstützen. Dies bereitet, daß es den zu Betriebsräten gewählten Arbeitern noch sehr an dem Maße des Wissens fehlt das sie unbedingt brauchen, wenn sie ihren Posten ausfüllen wollen.

Der Redner ging dann noch weiter auf die jetzige Wirtschaftskrise ein. Unsere heutige Wirtschaft ist unfähig die Probleme zu lösen, die der verlorene Krieg uns auferlegt hat. Man fängt an, zu begreifen, daß die freie Wirtschaft doch nicht das Richtige war, um das Glend zu meistern, in dem wir uns befinden. Wir brauchen neue Wirtschaftsformen. Wir müssen dafür sorgen, daß innerhalb der einzelnen Betriebe möglichst weitgehende Verwendung einheimischer Roh- und Werkstoffe erfolgt, damit uns die teureren ausländischen Rohstoffe uns nach Möglichkeit erspart bleiben. Wir brauchen sparsamste Ausnutzung unserer Kraftquellen, besonders eine rationelle Wärmewirtschaft. Der Redner schloß mit der eindringlichen Aufforderung, den Blick freizuhalten und sich zu bemühen, frei von Vorurteilen die Dinge zu betrachten, wie sie sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Galt die Rede des Genossen Wissell der düsteren Gegenwart, so galtten Hilferdings Ausführungen der Zukunft, die ja allerdings ebensowenig rosig aussieht. Er beschäftigte sich vorwiegend mit der Frage der Sozialisierung. Beim Zusammenbruch im Jahre 1918 wurde die sofortige Sozialisierung unterlassen. Dies ge-

schah nicht aus Furcht der Führer, sondern weil die Arbeiterschaft zunächst unmittelbare Verbesserung ihrer Existenz zu erringen suchte. Dadurch geriet die Revolution in Gefahr, in Lohnbewegungen aufgelöst zu werden; die Konzentration der Kraft auf Umänderung des Systems wurde eine geringere, und davon kam es, daß die Sozialisierung keine Fortschritte machte. Die Arbeiterschaft bemächtigte sich damals der ökonomischen Macht nicht. Statt dessen kam es zu den Kämpfen innerhalb der Arbeiterklasse, nicht um konkrete Probleme, sondern wegen formellhafter Auffassung der politischen Entwicklung. Dadurch konnte das Bürgertum seine Macht wieder befestigen. In der ersten Zeit nach der Revolution war eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse zu bezwecken; die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Löhne gingen in die Höhe. Das dauerte aber nicht lange. Deutschland war schon vor dem Kriege ein Land niedriger Arbeitslöhne. Auch heute ist die deutsche Arbeiterschaft die schlechtest bezahlte im Vergleich mit der Arbeiterklasse anderer Länder.

Es dauerte viel zu lange, bis die Nationalversammlung auch nur die wichtigsten Steuergesetze verabschiedete, und bis heute sind sie noch nicht durchgeführt. Der Redner schilderte ferner den volkswirtschaftlichen Schaden infolge des vermehrten Papiergeldumlaufs. Ein Preisabbau ist erst dann möglich, wenn der Notenpresse Einhalt getan wird. Zum Beweise seiner Ausführungen führte der Redner eine Reihe von Zahlen an. Das bedeutet eine absolute Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse und zugleich die letzte Ursache der Krise. Die Kaufkraft der arbeitenden Massen ist in einer solchen Weise hinter der Preissteigerung zurückgeblieben, daß kein Absatz der Waren vorhanden ist trotz dringenden Bedarfes. Das führt zu neuer Arbeitslosigkeit, neuem Sinken des Einkommens, neuer Verstärkung der Krise.

Die Kapitalistenklasse mag nach der Anzahl ihrer Personen abgenommen haben. Zu gleicher Zeit hat jedoch eine außerordentliche innere Befestigung des Kapitalismus stattgefunden. Die Macht der Klasse als solche hat keine wesentliche Verminderung erfahren.

Der Redner schilderte dann die Zerrüttung der Staatswirtschaft und belegte auch diesen Teil seiner Ausführungen mit einer Reihe von Zahlen. Um aus diesem Glend herauszukommen, fordert man Produktionssteigerung. Die kapitalistische Wirtschaft hat aber nicht zu einer solchen geführt, sondern zu einer Produktionsverminderung. Wir kommen aus diesen immer neuen Krisen aber nur heraus, indem wir die Produktionssteigerung zu erzielen suchen durch eine vollständige Systemänderung der Wirtschaft, indem wir diese nicht mehr abhängig machen vom Privatwillen einzelner, sondern indem wir die Wirtschaft planmäßig einrichten und zentral organisieren auf die notwendige Bedarfsdeckung aller Gesellschaftsmitglieder, das heißt also, indem wir an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische setzen.

Was verstehen wir unter einer sozialistischen Wirtschaft? Wir müssen uns darüber klar werden, weil es unseren ganzen künftigen Kampf erschwert, wenn wir uns nicht darüber verständigen, welches das Ziel unserer nächsten Kämpfe sein muß. Die Frage, um die es sich handelt, ist die, ob diese Wirtschaft hierarchisch-kapitalistisch oder demokratisch-sozialistisch sein soll. Wenn das letztere der Fall sein soll, so kann Sozialismus nicht Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten bedeuten, sondern nur ihre Ausschaltung als Kapitalisten. Es ist eine Utopie, zu meinen, daß wir den Kapitalismus zwar beibehalten, aber durch Verordnungen von oben her oder durch irgendwelche Organisationen die kapitalistischen Preisgesetze ausschalten können. Diese kapitalistischen Preisgesetze sind nicht willkürlich. Die ganze Proportionalität innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft hängt von der kapitalistischen Preisgestaltung ab. Diese Proportionalität wird immer wieder gestört durch die periodischen Krisen.

Hilferding wandte sich dann gegen die Versuche, die Proportionalität mit Hilfe sogenannter Sozialverwaltungskörper herbeizuführen, die auf dem Prinzip der Parität beruhen. Was heißt denn Parität? Wo steht denn geschrieben, daß ein Unternehmer, der tausend Arbeiter beschäftigt, auf die Produktion genau denselben Einfluß haben soll wie die tausend Arbeiter? Das ist doch der Sinn der Parität. Der Einigkeit der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse steht gegenüber, daß die Parität der Arbeiterschaft immer wieder durchbrochen wird. Die Parität bedeutet in Wahrheit eine Verstärkung der Herrschaft des Kapitalismus. Wir fordern Ausschaltung des Kapitalisten. Unter dieser Voraussetzung wollen wir an die Verantwortung der Frage gehen, welche Bedingungen die Sozialisierung zu erfüllen haben wird. Sozialismus ist Nachfrage. Aber diese Nachfrage ist wiederum in doppelter Hinsicht zu verstehen. Es ist erstens die Frage der Macht zwischen der Arbeiterklasse und der

Kapitalistenklasse und zweitens die Frage, über welche ökonomischen Machtmittel die Arbeiterklasse verfügt, wenn sie zur Macht kommt. Wenn in einem agrarischen Lande die Arbeiterklasse zur Macht kommt und die Agrikultur aus ihrem Klasseninteresse heraus die Industriearbeiter schließt, dann mag es für die Arbeiterklasse leichter sein. Für Deutschland und für ganz Westeuropa muß die Sozialisierung jedoch die Bedingung erfüllen, daß der Fortgang der Produktion gesichert ist. Wir sind heute mehr als je darauf angewiesen, industrielle Hochleistung, Kohlen- und Futtermittel aus dem Ausland zu beziehen. Diese können wir nur dann bekommen, wenn wir sie mit Waren bezahlen. Deshalb darf unsere Produktion nicht eingestürzt werden. In Deutschland ist heute die Bauwirtschaft die Leistung sofort einzustellen, wenn wir ihr nichts anderes zu geben hätten als das entwertete Papiergeld. Unsere Sozialisierungsmethoden müssen solche sein, die zu einer Steigerung der Produktion führen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Das Ende der Finanzkonferenz. — Der Betriebsrätekongress. — Sozialisierung des Bergbaues. — Einfuhr ausbäuerlicher Kohle. — Der Leberichschuß im preussischen Bergbau. — Wilde Börsenspekulation.

5. Die Brüsseler Finanzkonferenz hat ihre Tagung beendet und die Vorschläge der eingeleiteten Kommissionen angenommen. Die Kommission für Staatsfinanzen hat u. a. sehr eindringlich eine weitgehende Einschränkung für Rüstungszwecke gefordert, sie dürtel den Völkerverbund, Verhandlungen mit den Regierungen einzuleiten, um eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen zu erreichen. Es gebiete auch die Pflicht, den verarmten Völkern der Welt keine Lasten in dieser Hinsicht aufzuerlegen. Die Kommission spricht sich einstimmig gegen die Anwendung künstlicher Mittel aus, die Preise der Lebensmittel und anderer Bedarfsgegenstände herabzusetzen. Gemeint sind hier wohl die Zuschüsse aus Staatsmitteln.

Wenn der Völkerverbund in der Abwicklung die gebotene Aufgabe erfüllen würde, so hätte er ungeschwehelt keine erste große Tat vollbracht. Deutschland leidet am schwersten unter diesen militärischen Rüstungen, und nicht einmal seine eigene, sondern dazu die von der Entente aufgestellte Bürde wird unerträglich. Die Unterhaltung eines französischen Heeres von 150.000 Mann in den besetzten Gebieten gefaltet unsere Finanzlage trübsal. Aber wird der Völkerverbund bei der französischen Regierung ein Gegenkommen finden?

Die sehr wichtige Frage der Kreditgewährung wurde in einer anderen Kommission dahin formuliert, daß nur für notwendige Einjahre Kredite zu bewilligen sind, für die der Schuldnerstaat gewisse Sicherheiten bieten muß; begünstigt soll die Einfuhr von Rohstoffen werden. Die Ausgabe von Staatsanleihen gegen internationale Garantie soll die Kreditbeschaffung sichern. Diesem Vorschlag wird nun nur zustimmen können, er bildet die Grundlage, wie Europa wieder geeicht kann. Damit in Verbindung steht das Verlangen, daß man wieder zur Goldwährung zurückkehre, die als internationaler Wertmesser gegenwärtig so fast an Einfluß eingebüßt hat. Das ist leichter gesagt als getan. Die große Verschlebung, die der Krieg in den Goldgehenden herbeiführte, ist mit die Ursache des Tiefstands der Wälder der goldarmen Länder. Die Staaten, die während des Krieges das große Geschäft machten, gegen die Goldgehenden der Kriegführenden in ihre Verluste. Der Ausgleich, den wir brauchen, wird sich aber nur schwer und langsam vollziehen. Die Kommission hat mit Recht von allen Mitteln ab, die die Kreditkurve unter Kontrolle zu bringen, da der Erfolg ausbleiben muß, sie will der Internationalen Konferenz einmündlich Schritt für Schritt zu Leide gehen, wohl von der nachfolgenden Erwägung ausgehend, daß auch hier alle auszustellenden Pläne einer klaren Lösung bedürftig sind.

Daß für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa ein gesicherter Frieden und eine ruhige innere politische Entwicklung der Staaten notwendig ist, daß dem Völkerverbund nachgeholfen wird, hier keinen Einfluß auszuüben, damit die Verhandlungen im Handel und Verkehr aufgegeben werden, wird allgemeine Billigung finden. Aber wir müssen die gutgemeinten Empfehlungen an den Völkerverbund mit wenig hohen Hoffnungen auf. Dieser Völkerverbund ist immer noch eine streng abgeschlossene Gesellschaft, in der ein in der Entscheidung wichtiger Entscheidungen, nicht, und über die Aufnahme Deutschlands und Österreichs im letzten Rat noch Erwägungen schweben. Wichtigkeit steht im Verkehr mit den Ententestaaten jeder Seite Verkehr des Handels und seiner Vertretung. Das bedingungslos, ganz ohne Vorwissen des Völkerverbundes, kann auf Seiten der Ententestaaten der erste Wille vorhanden sein, und als Gleichberechtigte — man, sagen wir — zu haben. Mit Amerika haben wir noch nicht einmal den offiziellen Frieden, ein Zustand, der, obwohl er die Aufnahme von Handelsbeziehungen nicht unmöglich macht, dennoch dazu beiträgt, die Aufnahme von Geschäftsbeziehungen zu verhindern. Wir haben den Frieden aber nicht den Frieden, der den Verkehr und seinen Fortschritt auf eine neue Grundlage bringt.

Der Betriebsrätekongress hat einen ersten Schritt gemacht, indem er die Entscheidung an die Verbände überlassen hat, die in der Sozialisierung der Wirtschaft die Initiative zu ergreifen und eine Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften und Arbeiter. Es kann nicht genug betont werden, daß die Sozialisierung nur von unten zu Werke gehen darf.

Die Kohlenbergbaufrage, mit der wir beginnen müssen, hat den Vorteil, daß im Vergleich mit dem Jahre 1919 keine Kohlenbergbauunternehmen existieren; an Stelle von 100.000 Arbeitern hat ein großer Bedarf vorhanden. Das kommt als weitere günstige Veränderung der Gewerkschaften und der Verbände des Kohlenbergbaus her. Die Kohlenbergbaufrage ist wichtig, sie hat alle Kräfte glücklicher Zusammenfassung. Nur ist die Sozialisierung angebracht, und wir werden an diesem großen Werk die Erfahrung für die folgenden Aufgaben sammeln. Das ist der große Unterschied zu den russischen erfolglosen Versuchen, wir stellen nicht die ganze Wirtschaft mit einem Schlag auf eine andere unerprobte Grundlage, sondern suchen von unten auf einen festen Stützpunkt für die Umgestaltung zum Sozialismus. Dabei dürfen wir uns nicht dem Irrtum hingeben, als ob mit der Sozialisierung die gegenwärtige wirtschaftliche Krise gelöst wird. Der wirtschaftliche Druck ist nicht zuletzt verschärft durch unsere schlechte Finanzlage, die Entwertung unserer Zahlungsmittel auf dem Weltmarkt, die schlechte Zufuhr und hohe Preislage von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland und die starke Förderung unserer Ausfuhr. Wir stehen mehr unter dem Einfluß der kapitalistischen Entwicklung im Ausland als im Inland.

Unsere üble Lage wird am besten wieder illustriert, daß wir im August bis Mitte September 27.276 Tonnen amerikanische Kohle und 673 Tonnen südafrikanische Kohle einfuhrten, und zwar zu Preisen, die ungefähr das Siebenfache des Inlandspreises erreichten. Abnehmer waren vor allem die keramische, Zement- und Eisenindustrie. Obwohl wir im Lande genügend Kohle haben, bleibt die Förderung noch immer weit hinter den Ansprüchen zurück, und wir müssen zu dem wirtschaftlich irrationalen Mittel greifen, teure Auslandskohle herbeizuschaffen.

Im Kohlenbergbau sind nach den Berichten vom ersten Halbjahre 1920 rund 180.000 Mann mehr beschäftigt als vor dem Krieg; eine erfreuliche Erscheinung auch vom Standpunkt der Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit. Aber täuschen wir uns nicht, der Bergbau wird die unter dem starken kapitalistischen Druck vor dem Krieg erzielten Leistungen des einzelnen Arbeiters nicht mehr hervorbringen, und die Sozialisierung kann diese erhöhte Leistung erst erreichen, wenn durch bessere technische Einrichtungen die Förderung gesteigert wird.

Von der gegenwärtig günstigen Lage des Bergbaues haben die preussischen Staatsbetriebe auch ihren Vorteil gezogen. Der Gesamtertrag der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltungen war für 1919 auf 44,69 Millionen Mark veranschlagt, er hat aber ohne die Saarbrücker Gruben 189,40 Millionen betragen. Die Leberichschüsse beruhen allerdings mehr auf die Steigerung der Metall- und Holzpreise, beim Kohlenbergbau erforderten die Saargruben 25 Millionen Mark Zuschuß.

Die Statistik der Sparkassen gibt für den Monat August 1920 einen Rückgang des Guthabens an. Der Zuwachs an Sparanlagen betrug nur 400 Millionen Mark gegen 1900 und 1800 Millionen Mark im Juni und Juli dieses Jahres. Offenbar bietet sich mehr Gelegenheit, Geld in Handel und Gewerbe anzulegen.

Die Börse artet immer mehr in wilde Spekulation aus. Die Auflagen der Banken sind so zahlreich, daß der Geschäftsvorkehr mit dem vorhandenen Personal nicht mehr bewältigt werden kann. Es handelt sich bei den Aktien industrieller Unternehmungen jetzt nicht mehr um tägliche Kursdifferenzen von 5 und 10 Proz., wie sie früher schon aufsehenerregend waren, sondern um ein Aufwärts von 20 bis 50 Proz. und darüber. Die sinkende Valuta, aber auch günstige Abschlüsse der Eisen- und Textilindustrie haben dazu beigetragen, die Kursbewegung weiter anzujagen. Natürlich wird damit die Spieltheilnahme zu den wilden Ausschreitungen aufgereizt, bis eines Tages der Stock dem Treiben ein Ende bereitet.

Nochmals Technische Nothilfe und der Streit der Berliner Mühlenarbeiter.

In der vorigen Verbandsnummer berichteten wir auf das Verhalten der Technischen Nothilfe im Punkte des auch jetzt noch bestehenden Mühlenarbeiterstreits. In unseren Ausführungen brachten wir am Schluß unseres Artikels zum Ausdruck, daß alle, die sich in diesem Falle der Technischen Nothilfe zur Verfügung stellen, sich eines glatten Eitelbruchs schuldig machen.

Dieser Artikel fand auch Aufnahme in den in Berlin erscheinenden Parteizeitungen, und zwar „Vorwärts“ und „Freiheit“.

Zu einem längeren Schreiben an diese Redaktionen versucht nun die Technische Nothilfe es so darzustellen, als wenn die gemachten Ausführungen nicht der Wahrheit entsprächen.

Wir möchten hierzu folgendes erklären: Nach nochmaliger Rücksprache mit den Betriebsräten und den in Frage kommenden Vertrauensleuten der betroffenen Betriebe haben wir von dem von uns Veröffentlichungen nichts zurückzunehmen.

Wir stehen noch wie vor auf dem Standpunkt, daß die Technische Nothilfe arbeiten ausführt, die auszuführen nicht notwendig sind. Lediglich um zu verhindern, daß die Unternehmungen, wenn der Lohn nicht sofort entlassen wird, an die wartenden Lohnbesitzer eine hohe Konventionalsstrafe zahlen müssen, ist der Grund der Ausführungen dieser Arbeit. Wenn der Technischen Nothilfe etwas anderes gesagt wurde, können wir das nicht wissen. Alle Mühlen haben eine Reihe von Weichschlämmern, die als schwimmende Speicher benutzt werden und wo sonst das Getreide auch monatelang aufbewahrt wird, ohne zu verderben. Wenn nun die Technische Nothilfe schreibt, lediglich um zu verhindern, daß beträchtliche Mengen Weichschlamm, die für unsere Ernährung so bitter notwendig sind, der Allgemeinheit nicht verlorengehen, so sind wir derselben Ansicht wie sie, daß das nicht notwendig ist.

Wie aus der Zukunftschrift ersichtlich, erweist es den Anklagen, als wenn auf Veranlassung der Reichsbrotstelle die Technische Nothilfe in ihrem Fortfahren unterbietet wird.

Hätte man die Technische Nothilfe schon vor einigen Monaten dazu anzuhalten, in den Mühlen einzugreifen, wie diesbezüglich auch im Vertriebe waren, würde keiner etwas dagegen einzuwenden gehabt haben.

Aber jetzt, wo das vor Monaten von auswärts in Berlin anzuwachsende Reich Brot wie ein Stein vor uns verwehrt und zum Teil mit Weichschlamm durchsetzt ist, kann auch die Allgemeinheit auf ihre Dörle verzichten. Es reicht dieses Reich höchstens noch als Viehfutter.

Wir möchten deshalb der Technischen Nothilfe empfehlen, aus diesen von uns gebrachten Gründen ihre Arbeit einzustellen.

Auf Veranlassung unsererseits wurde obige Erklärung auch wieder in der „Freiheit“ sowie im „Vorwärts“ veröffentlicht.

Eine Wirkung scheint nun obige Notiz doch ausgeübt zu haben. Am Sonnabend, den 16. Oktober, ließ nachmittags folgendes Schreiben, unterzeichnet vom Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie, bei der Ortsverwaltung ein:

An den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Berlin C. 54, Mulackstr. 19, I.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß in mehreren Berliner Mühlen Notstandsarbeiten zu verrichten sind. Diese sind als solche auf Veranlassung der Behörden durch unparteiliche Sachverständige festgestellt. Die Regierung hält unbedingt daran fest, daß in keinem Falle Lebensmittel verderben dürfen und trifft zu diesem Zwecke die nötigen Maßnahmen. — Zweck Aussprache über die erforderliche Verrichtung von Notstandsarbeiten erlauben wir uns, Sie zu einer Besprechung auf Montag, den 18. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr, in unserem Vereinsbureau, Charlottenburg, Schillerstr. 5, zu laden.

Am Anschluß an diese Besprechung schlagen wir eine Aussprache über eine Beilegung des Streits vor. (folgt Unterschrift.)

Wir empfehlen den Unternehmern, den letzteren Punkt als den ersten zu behandeln. Bleiben die Berliner Mühlenunternehmer natürlich auf dem Standpunkt bestehen, einen Teil des Lohns, der ihnen von Seiten der Reichsbrotstelle als Arbeitslohn abgezollt wird, in die eigene Tasche zu stecken, so kann von einer Beilegung des Streits keine Rede sein.

Die Streitenden drängen jetzt schon auf eine härtere Anwendung der Kampfmittel. Aus diesen gegebenen Gründen würde es zwecklos sein, jegliches Wort noch über die Arbeiten der Technischen Nothilfe zu verlieren.

Schmitz

Die Bezirksstarfbewegung in der bayerischen Pfalz.

II.

Die bayerische Rheinpfalz gehört bekanntlich zum besetzten Gebiet. Diesen Umstand machten sich die Brauereien zu Nutzen. Wie die Arbeitgeber im allgemeinen innerhalb des besetzten Gebietes mit einem Auge nach der Besatzungsbehörde, mit dem anderen nach den geschwundenen militärischen Herrlichkeiten blinzeln, so tun dies auch die Brauereien. In allen Fällen, wo es sich um die seitens der Regierung erlassenen Verordnungen zum Schutze der Arbeiter handelt, bildet bei ihnen der Rhein die Grenze. So war der achtstündige Arbeitstag noch nicht einmal im inneren Betriebe der Brauereien eingeführt; an den Achtstundentag oder 48 Stunden in der Woche für die Fahrbuschen ist nicht zu denken! Erst seit Mai d. J. ist der Achtstundentag für die im Innern der Betriebe beschäftigten Kollegen in allen Brauereien anerkannt.

Einen Stützpunkt fanden die Brauereien noch an der bestehenden Indifferenz der Kollegenchaft in den verschiedenen Orten. Andererseits waren die Kollegen in einigen Orten noch sehr verschieden organisiert. Es fehlte an Einheit und Geschlossenheit.

Die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den pfälzischen Brauereien litt nach dem Kriege besonders an der Schwierigkeit, die Einreiseerlaubnis zu erhalten. Bis Januar d. J. war diese teilweise überhaupt nicht zu bekommen. Dann waren die Kollegen innerhalb des besetzten Gebietes oft wochenlang ohne jede Verbindung mit der Organisationsleitung. Dies alles bewirkte, daß die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Pfälzischen Brauereien mit denen im unbesetzten Gebiet nicht gleichen Schritt hielt.

Die Einleitung dieser Bewegung fiel in die Zeit der sprunghaftesten Teuerungsentwicklung. Diese von Woche zu Woche steigende Teuerung mußte auf Seiten der Arbeiter zeitweise spontane Forderungen auslösen. Dies besonders, weil die Tarifgemeinschaft der pfälzischen Brauereien für die Not der Arbeiter nicht das geringste Verständnis hatte. Schon bei der ersten Unterredung, die Kollege Sch. mit dem Vertreter der L. B. W., Herrn Dr. H., am 28. Januar d. J. in der Sache hatte, forderte er in Rücksicht der noch bestehenden sehr geringen Löhne und der durch die Teuerung eingetretenen schwierigen Lage der Arbeiter die sofortige Zahlung einer Zwischenzulage, denn es war vorzuziehen, daß die Kollegen nicht warten konnten, bis der Bezirksstarbvertrag zum Abschluß kommt. Die Brauereien haben die Notwendigkeit dieser Forderung recht schwer eingeesehen. Dies bewirkte, daß die Kollegen in den einzelnen Orten und Betrieben auf eigene Faust Forderungen stellten und durchsetzten. Dies erste Scheitern einer notwendig gewordenen kollektiven Handlung der Tarifgemeinschaft Pfälzischer Brauereien brachte den Stein ins Rollen, die Disziplinlosigkeit touché an beiden Seiten.

Wenn auch die Brauereien durch ihre Einsichtslosigkeit die Veranlassung gaben, betriebweise Forderungen zu stellen und durchzusetzen, so muß doch auch gesagt werden, daß seitens unserer Mitglieder während dieser Bewegung manches geschehen ist, was viel besser unterblieben wäre. Verschiedene dieser gegen den Rat der Organisationsleitung geäußerten Maßnahmen, Verhandlungen und Vereinbarungen werden noch manch nachteilige Nachwirkung haben.

Bei allem Glauben an den guten Willen, den man bei jeder Beurteilung einer Handlung voraussetzen soll, will ich darauf hinweisen, daß man, besonders in der ruhigen Zeit, in der wir leben, sich nicht vom Gefühl leiten lassen darf, sondern man muß den Verstand gebrauchen.

Durch die Behandlung unserer Forderungen seitens der Tarifgemeinschaft Pfälzischer Brauereien ist die Erregung und Misstrauen der Kollegenchaft befreit. Bei all dem darf aber nicht vergessen werden, was zu tun ist, um die Interessen der Kollegenchaft mit Erfolg wahren zu können. Es muß darüber nachgedacht werden, wie es kommt, daß wir bei dieser Tarifbewegung so großen Schwierigkeiten begegnen. Die sehr sich alles in einem

Zusammenhang bewegt, hat sich nach dem Kriege wiederholt gezeigt. Dort, wo wir vor dem Kriege, Grund der Indifferenz und Zerrissenheit unserer Kollegenschaft, nicht in der Lage waren, ihre Interessen zu schützen, dort üben diese vorkriegszeitlichen Zustände heute noch einen für die Kollegen nachteiligen Einfluss aus. Wenn einmal eine Arbeit versäumt ist, kann sie nur durch doppelte Pflanzenerfüllung nachgeholt werden. Das gilt auch für die Arbeiterorganisation. Kollegen, es muß aufhören, ins Blaue hineinzuschimpfen. Kritik ist notwendig, wer aber kritisieren will, muß sich erst selbst prüfen. Wer dies tut, wird oft finden, daß er selbst der Urheber oder Miturheber des Übels ist, was er zu kritisieren beabsichtigt.

Wir haben alle Veranlassung, zusammenfassend und aufbauend innerhalb unserer Kollegenzreise zu wirken, denn besonders als Brauereiarbeiter müssen wir noch manches Hindernis nehmen, bis wir wieder mit geordneten Verhältnissen rechnen können. Dazu kommt für unsere Kollegen in der bayerischen Rheinpfalz neben der wirtschaftlichen Unsicherheit die Gefahr politischer Geschehnisse, durch die die Erfolge der Arbeiterschaft bedroht sind. Gegen alle Widerstände der Kollegeninteressen gibt es nach wie vor nur ein Mittel: den Zusammenschluß aller Kollegen im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Noch gibt es in den Pfälzischen Brauereien unorganisierte Kollegen und noch mehr anderen Verbänden angegeschlossen; dadurch leidet unser Einfluss, unsere Wirksamkeit bei der Vertretung der durch die Kollegen gestellten Forderungen. Zur jeder seine Pflicht, fördert die Einheit und Geschlossenheit, dann wird es uns auch in kurzer Zeit möglich sein, in den Pfälzischen Brauereien für die Kollegenschaft Tarifverträge abzuschließen, die sich neben anderen sehen lassen können. B. Sch.

Zur Lohnbewegung der Mühlenarbeiter im Bezirk Hannover.

Nach der Lohnbewegung der Mühlenarbeiter im Frühjahr, die ihnen zwar überall eine Lohnenerhöhung von 48 M. pro Woche brachte, stellte es sich immer mehr heraus, daß ihnen die seitens der Reichsgetreidestelle zugewilligten Lohnbeträge vorenthalten wurden, was darauf zurückzuführen war, daß genaue Zahlen über die Vermahlungsmenge nicht vorlagen. Diese dann festgestellten Ergebnisse waren überall für die Arbeiter überaus günstig. Die Verträge wurden gekündigt. Von Arbeitgeberseite wurden wir immer auf ihre „Vereinigung Hannover-Braunschweiger Handmühlmühlen“ verwiesen und versprochen, bis neue Maßlohnerhöhungen seitens der Reichsgetreidestelle bewilligt seien. Für uns stand fest, daß schon die letzte Erhöhung um 90 M. pro Woche seitens der Mühlen nicht gezahlt waren, was ersichtliche Unternehmer später auch zugaben und meinten, daß selbst wenn keine weitere Maßlohnerhöhung erfolge, dennoch die Löhne erhöht werden müßten, da die letzte Erhöhung nur zur Hälfte berücksichtigt sei. Das verdient festgehalten zu werden. Um Klarheit in dieser Frage herbeizuführen, entschloßen wir uns, gegen die Mühle Hildesheim den Schlichtungsausschuß anzurufen. Das hat die Vereinigung uns sehr verpöbelt und in Ungnade berufen.

Der erste Termin endete damit, daß von Anis wegen ein Gutachten von der Reichsgetreidestelle eingeholt werden sollte. Die Verhandlung wurde geführt durch die Vorstandsmitglieder der Mühlenvereinigung, den Herren Reichold, Lehndorf und Schwannete-Gedwigsburg. Die Vereinigung machte also die Sache zu der ihrigen, trotzdem sie nach zweieinhalbmönatlicher Verhandlung ihre feine Handhabe, Tarife abzuschließen, ihre Setzung böte ihre feine Handhabe, Tarife abzuschließen. Sie erließen, vor dem 15. August sei gar nicht daran zu denken, die Löhne zu erhöhen, haben aber im nächsten, am 4. August festgesetzten Termin sage und schreibe 30 Pf. pro Stunde mehr. Da eine weitere Maßlohnerhöhung am 15. August in Aussicht stand, erließ der Schlichtungsausschuß nur ein Zwischenurteil dahingehend, daß ab 28. Juni bis 15. August 80 Pf. pro Stunde mehr zu zahlen sei. Nach dem 15. August sollten die Parteien erneut zusammenreten, um eine endgültige Regelung zu treffen. Die Vertreter der Vereinigung sagten zu, nun bemüht zu sein, daß alle Mühlen zunächst diese 80 Pf. vom Ablauf der Verträge zahlen sollten. Dem wurde auch mit einer Ausnahme Rechnung getragen.

Nachdem am 12. August die neuen Maßlöhne veröffentlicht waren, traten wir wiederum mit der Vereinigung zu endgültiger Regelung zusammen. Diese Maßlohnerhöhung brachte bekanntlich den Mühlen weitere 6000 Mark pro Woche für die Arbeiter. In der Verhandlung hielten sie nun, generell wie sie sind, uns an, diese durch Schiedspruch bis 15. August zu zahlen 80 M. und auch ferner zahlen zu wollen. Also, weil die 80 M. nach nicht restlos gezahlt wurden, die neue Erhöhung wiederum 60 M. brachte oder pro Stunde 1,25 M., haben sie uns 80 Pf. pro Stunde auch über den 15. August hinaus an. Es sei uns erlassen, ein solches Verhalten mit den Worten zu kennzeichnen, wie es solches verdient. Wir rufen erneut den Schlichtungsausschuß an, was am 3. September Termin anstand. Zu diesem Termin brachten die Herren Arnhold und Schwannete zu ihrer Unterstützung auch noch den Syndikus des Industriellenverbandes Hildesheim, Herrn Tadel, mit. Auf unseren Einspruch machte der Vorsitzende den scherzhaften Hinweis, daß das, was die Gegenseite an Quantität mehr habe, was an Qualität zur Verfügung stünde. Dieser scherzhaft gemeinte Hinweis enthielt, wie der weitere Verlauf der Bewegung zeigt, ein köstliches Wahrheits. Denn diese Herren stellten bei jeder Gelegenheit den „Strategen“ heraus und führen die Sache gründlich fest. So zeigte sich auch der zur Unterstützung mitgebrachte Syndikus als Mann vom Bau, indem er erklärte, daß es gelernter Mütter gar nicht gebe; in den Mühlen Beschäftigten seien mehr mit — Schokoladenarbeitern gleichzustellen, es sei eine ganz leichte, einfache Arbeit. Durch diesen von keiner Sachkenntnis getriebenen Anspruch hatte er aber keine beiden Wertvertretern das Konzept herdoeben. Diese strengten sich nun in Schwärze ihres Angebots doppelt an dem Schlichtungsausschuß zu beweisen, das die Referenten also doch — befestigt werden müßten um 25 bis 30 Pf. pro Stunde, weil sonst der Nachdruck gefährdet werde und niemand seine Kinder mehr Mühlen lernen ließe, wenn die Arbeiter den Mülern im Lohn

gleichgestellt würden. Auf einmal entdeckten sie ihr gutes Verstand für die Gelehrten, nur um die Arbeiter zu spalten, erklärten aber in gleichem Atemzuge, daß die Mühlenarbeiter immer im Lohn weit hinter anderen Arbeitern geblieben hätten, und in diesem Verhältnis möglichst wenig geändert werden dürfe. Zudem hätten die Mühlen zu Ende der Mahlperiode wochen-, ja monatelang stillgelegen und die Arbeiter seien dennoch durchgefüttert worden. Daß die Löhne zu 800 Arbeitstagen berechnet werden, also Durchschnittslöhne sind, wobei auch faule Betten bezahlt werden müssen, gibt Herr Arnhold als richtig zu. Aber was bringt man nicht alles für Gründe vor, um die Arbeiter in ihren Rechten zu beschneiden. Sehen wir also, was selbst faule Betten und Durchfüttern der Arbeiter den Mühlen noch einbringt. Es trifft sich daher gut, daß die Ergebnisse der Aktienmühlen jetzt vorliegen. In der Regel ist es doch wohl so, daß flauer Geschäftsgang magerere Gewinnergebnisse zeitigt. Bei den Mühlen scheint es umgekehrt zu liegen, und es fällt wirklich nicht schwer zu sagen, auf welche Umstände dieses zurückzuführen ist, wenn man die gezahlten Löhne — Maßlöhne — und Gewinnergebnis vergleicht. Die Mühle, welcher Herr Arnhold vorsteht, zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr 18 Proz. Dividende gegenüber 13 Proz. im Vorjahr, die Mühle Mönningen 22,5 Proz. gegen 15 Proz. im Vorjahr, in welchem sie ferner noch einen Bonus von 200 000 Mark zur Ausschüttung brachte. Das Durchfüttern der Arbeiter lohnt sich also vollauf. Das gleiche Bild bieten fast alle Aktienmühlen und läßt sichere Schlüsse auch auf die Privatmühlen zu. Nach langer Verhandlung entschied der Schlichtungsausschuß, daß einschließend der 6.80 M. durch Zwischenspruch festgesetzten Stundenlöhne diese ab 18. August um 1,35 M. zu erhöhen sei. Die eingeholten Gutachten von der Reichsgetreidestelle und die genaue von uns aufgestellte Berechnung, die selbst von der Gegenseite nicht bestritten wurde, ließ dieser unbeachtet und stellte sich auf den Boden örtlicher angemessener Löhne und betrachtet 4,35 M. Stundenlohn als angemessen. Herr Arnhold hatte berechnet, daß den Arbeitern nur 142 M. zuständen, also nach 2 M. hätten zurückzahlen müssen, aber die Mühlen zahlen mehr als sie brauchen und, nach seiner Meinung, könnten, zahlten doch jene Mühlen, wo so hohe Löhne gezahlt werden, Taxienbe jährlich aus ihrer Tasche, siehe Schlüssel! Nach diesem Schiedspruch, den die Mühlen ablehnten, stellte die Vereinigung ihre Führerrolle ein.

Somit gilt wohl allgemein im Leben, daß, wenn man einen übernatürlichen Auftrag in die Hände der Auftraggeber zurückgibt, diese dann Geduldsgewalt erhalten, um so selbst zu einer Verständigung zu gelangen. Dieser Grundsatz gilt für diese Vereinigung nicht. Zwar teilte sie uns mit, daß sie jetzt den Mühlen freigestellt habe, die Verhandlungen mit uns selbst weiterzuführen, hand aber gleichzeitig ihre Mitglieder durch Konventionalstrafe, nicht über 1 M. zu bewilligen, ferner die Stundenlöhne auch da einzuführen, wo Wochenlöhne bestehen, und endlich auch die Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage auszumergen. Daß sich die Situation auf solcher Grundlage immer mehr zuspitzen mußte, ja nach den beiden Herren sollte, stand fest. Sie wollten die Sache zum Kampf treiben, um im Drücken sitzen zu können. Unterstellten sich doch diese beiden Herren am Telefon und waren einig, daß „der Stall in Mönningen ausgemietet“ werden müßte, und auch Herr Schwannete hatte ein paar räumige Schafe, welche er gern bei dieser Gelegenheit loswerden wollte. (Gute Seeler! Also weil Arbeiter ihr Recht verlangen, soll ihnen der Draufhänger höher gehängt werden. Angesichts einer solchen gewollten Entwicklung ist es ein starkes Stück, nun die Verantwortung für die kommenden Dinge auf uns abzumwälzen. Aber noch ließ sie ihr Rühm nicht schlafen. Um das äußerste zu vermeiden, gingen wir nun auch noch den uns gewiesenen Weg, Verhandlungen mit den Mühlen selbst anzubahnen. Und siehe da! Trotzdem die Vereinigung die weiteren Verhandlungen mit uns ablehnte, erließen dieser selbe Generalschub auch wieder zu diesen Verhandlungen, nur um nochmals feierlich zu erklären, daß sie keine Verantwortung für kommende Dinge trügen, und das, nachdem sie über 24 Monate die Sache verschleppt hatten, platonisch die Verhandlungen freigaben, in Wirklichkeit aber durch Konventionalstrafen ihre Mitglieder zwingen und jede Verhandlungsmöglichkeit sabotierten. Der Plan war durchsichtig, die hannoverschen Mühlen sollten jenen Herren Vorspann leisten und die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage abschaffen. Stundenlöhne usw. einführen, um solche Dinge ihren Betrieben fernzubalten.

Nachdem alle von uns versuchten Schritte, den jenseitigen gegen die Hildesheimer Mühle erzielten Schiedspruch auch auf alle im Bezirk liegenden Mühlen zu übertragen, als gescheitert zu betrachten waren, beschloß eine Betriebsobmannerversammlung den Streik. Am 21. September ruhte in 9 Orten mit 12 Betrieben die Arbeit. Die Mühlenarbeiter hatten ihre Feuerprobe zu bestehen, und sie haben sie bestanden. Im Laufe des ersten Tages schon bekundete der Magistrat zu Hannover lebhaftes Interesse an unserem Kampf, und nach kurzer Verhandlung war unsere Forderung für Hannover, Garstedt und Calenberg, bewilligt. Hildesheim folgte am zweiten Tage. Der Magistrat zu Hannover hat mit uns beim Oberpräsidenten Roste eine Verfügung erwirkt, wonach in allen Orten die Behörden sich sollten ins Mittel legen. Es zeigte sich aber, wie unendlich schwer sich jene Arbeiterkreise an ihren Interessen verdingelten, als sie den Vorgesetzten die Macht wieder in die Hände spielten, denn der Weg vom Oberpräsidenten über Regierungspräsident und Landrat ist weit. Alsdenn über Regierungspräsident und Landrat ist weit. Während es in Garmein, Banteln und Prüggen 11 Tage dauerte, in den weiteren 4 Orten mußten wir gewisse Konzessionen machen. Abgeschlagen wurden die beschuldigten Verhältnisse, erzielt rund 65 M. pro Woche Lohnenerhöhung. Der Erfolg ist die gebrauchte Dier wert.

Ein neues Anreizspiel der „Vereinigung“ ist nun ein. Angeblich sollen die Kommunalverbände 6,35 M. zugelegt haben, um die geforderten Löhne zu bezahlen. Jetzt verlangt die Vereinigung, die doch den Mühlen die selbständige Verhandlung freigeben hätte, daß diese den Verträgen Folge leisten. Der Grund? Nun steht der Lohn nicht in der Höhe, 1,35 M. anzulegen. Wir sind gar nicht in der Lage, 1,35 M. anzulegen. Die Maßlöhne der Reichsgetreidestelle, die nach Herrn Arn-

hold nur 142 pro Woche betragen, gestatten das nicht, und werden diese nur da gezahlt, wo der Kommunalverband zuschießt. Früher hörte man es anders! Da suchte man uns an den Karren zu spannen, damit die Kommunalverbände einen höheren Maßlohn bewilligten, um mit demjenigen der Reichsgetreidestelle gleichzukommen, jetzt möchte man diesen, den Mühlen durch uns in den Schoß gefallenen Vorteil als Beutefische gegen uns benutzen. Aber die Sache hat noch einen anderen Haken. Der Braunschweiger Bezirk hat zu niedrigeren Sätzen zu gleicher Zeit abgeschlossen — tatsächlich unflug und für uns erschwerend — und da besteht die Gefahr, daß die dortigen Kollegen nochmals kommen und das verlangen, worauf sie jetzt durch die Ungunst der Verhältnisse verzichten mußten, und dem muß vorgebaut werden; denn sonst könnte die diesjährige Dividende etwas niedriger ausfallen, und die Kollegen kämten zur Einsicht kommen, daß das ihnen immer vorgehaltene Durchfüttern für die Mühlen recht geminnbringend war. Auch in dieser Frage will man die hannoverschen Mühlen an den Braunschweiger Wagen spannen, und wir sollen ihnen dieses unerschrocken beständigen.

In einzelnen Orten hat man versucht, die Kollegen der Organisation abspenstig zu machen. Sie und ihre Familien haben ja diese „Liebe“, daß es ohne Organisation auch ginge, ja, viel friedlicher ainge, lange genug im Magen gespürt. Sie werden dieses gezeigte „Wohlwollen“ in Form niedriger Löhne, unwürdiger Behandlung gepaart mit Autokratie und engstirnigstem Eigennutz gern verschmerzen und an ihren viel zu lange vernachlässigten Interessen erkannt haben, daß sie zu ihrer Organisation stehen müssen. Von schönen Nebensarten sind sie und ihre Familien nicht sattzumachen. Die Unternehmer wissen, was geschlossene Interessenvertretung ihnen einbringt, darin sollten sie uns Vorbild sein und bleiben, nun erst recht nach bestandener Feuerprobe. B.

Mühlenarbeiterbewegung im bayerischen Kleinmühlengewerbe (Kundenmühlen).

Am 5. Oktober 1920 wurde in Landskron durch das bayerische Landesarbeitsamt Süd München folgender Schiedspruch gefällt:

Ab 1. Oktober erhalten sämtliche Mühlenarbeiter der dem Bayerischen Müllerbund angehörenden Betriebe eine Teuerungszulage von 35 M. pro Woche, unter 20 Jahren eine solche von 25 M. Der tägliche Verpflegungssatz wurde von 6 auf 8 M. erhöht.

Die Kollegen wollen dieses beachten und da, wo der Lohn nicht bezahlt wird, sofort reklamieren. Schreier B.

Korrespondenzen.

Kassel. Die Mitgliederversammlung vom 4. Oktober nahm zuerst den Kartellbericht entgegen. Sodann kam ein Schreiben des Demobilisierten-Kartellrats, das sich auf die Einmündung von Arbeitsstellen bezieht, zur Verhandlung. Zum 2. Punkt gab der Kassierer den Kassierbericht. Eintragsnahme und Ausgabe bilanzieren mit 19 927,80 M. An die Hauptkasse gelangt 5886,75 M. Bestandsbestand 11 003,19 M. Pflanzenerhöhung 689. Bei Punkt 3 berichtet Kollege Gerke über die Bewegung der Mühlenarbeiter, der gleich die zweite folgte. Die Praktiken des Schlichtungsausschusses wurden scharf kritisiert und dabei die Ingelegenheit Westkassel und Vordenker-Friedrich erwähnt, ferner die Zustände in der Mühle Huf u. Söhne-Motenburg, wo ein Teil Getreide der menschlichen Ernährung verlorengeht durch die Lagerung in feuchten Räumen. Gerke führte aus, daß er von der Regierung die Genehmigung habe, mit Beauftragten der R.G. sämtliche Mühlen auf diese Zustände zu untersuchen, was als ein schöner Erfolg zu kunden sei. Hierauf machte Kollege Schäfer über die Arbeiten des Vorstandes längere Ausführungen, daß man auf die Dauer nicht mehr lange zwischen Kunde, daß die Gesamtverwaltung diese ungeheure Arbeit im Nebenamt noch länger angehe und plädierte dafür, der Frage der Anstellung eines Angehörigen näherzutreten. Diese Sache wurde dem Vorstand zur weiteren Bearbeitung überwiehen.

Aufbach. Auf die unberschäftigen Vorwürfe in Nr. 42 der „Völkler-Zeitung“ wird in nächster Nummer geantwortet werden.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Kartellpatronen. Die Malzfabrik Wimpffheimer in Karlsruhe will die Arbeiter in der Lohnfrage für die ganze Kampagne binden. Da die Arbeiter hierauf nicht eingehen können, hat die Firma die Kurzarbeit angeordnet, obwohl mehr als 20 Waggons Gerste bereits im Betriebe lagern. Diese Maßnahme ist nur mit der Absicht der Firmens zu vereinbaren, im Elsaß malzen zu lassen. Die Arbeiter haben die Einführung der Kurzarbeit abgelehnt und verlangen, daß für die badischen Brauereien das Malz in Karlsruhe hergestellt wird, und haben an den Schlichtungsausschuß einen entsprechenden Antrag gestellt.

Also weil die Arbeiter sich nicht auf unumgängliche Zeit binden lassen wollen, sollen sie durch Kurzarbeit und entsprechenden Lohnabzug bei Vergebung der Aufträge nach dem Ausland gezwungen werden. Auch sonst ist die Firma sehr auf dem Fuß und will sich und sich selbst wieder ihrer früheren Lohnforderungen. Die 25. Juni im Vertriebsbüro sind, nach dem Lohn zu kürzen und voran, daß sie durch die Kurzarbeit der Firmens zu vermeiden sollen. Von den Arbeiterinnen läßt die Firma einen Prozess unterbreiten, daß sie jeberzeit ohne Lohn entlassen werden können. Ganz wie zu alten Zeiten! Und da entsetzt man sich dann, wenn der Lohn nicht bezahlt wird und es zum Hunger kommt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Stehende Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In der am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die Angehörigen vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Genossen Alois Staudinger vom Eisenarbeiterverband. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den bevorstehenden Betriebsrätekongress, zu dem nach zwei

